

## Informationsblätter

---

### Die Militarisierung der Europäischen Union

**Immer wieder wird die Europäische Union als Friedensgarant inszeniert. Doch was unternimmt sie eigentlich, um den Frieden zu sichern? Bereits 2012, als die EU den Friedensnobelpreis erhielt, ertönte Kritik, weil die friedenserhaltenden Maßnahmen der EU verstärkt auf Militäreinsätzen und anderen militärischen Maßnahmen beruhen. Bis heute hat die EU dieser Kritik nicht entgegengewirkt. Im Gegenteil: Insbesondere innerhalb der letzten zwei Jahre konnte eine zunehmende Militarisierung beobachtet werden. Die EU-Kommission betrachtet dies als Antwort auf globalpolitische Ereignisse wie den Brexit oder die US-Präsidentschaftswahl. Tatsache ist: Die EU nimmt sich verstärkt als einen globalen Akteur in den internationalen Beziehungen wahr und nimmt dies als Anlass, eine Ausdehnung ihrer Rüstungs- und Militärpotentiale zu rechtfertigen. Dieses Informationsblatt zeigt die grundlegenden Schritte sowie aktuelle Entwicklungen in der Agenda der EU - von der Zivilunion in Richtung Militärmacht.**

#### Die richtungsweisenden Anfänge

Etabliert durch den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 legte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) erstmals Ziele hinsichtlich einer gemeinsamen Außenpolitik vertraglich fest. Anfangs war in der GASP noch keine spezifische Militärkomponente enthalten. Durch den Kosovo-/Jugoslawienkrieg im Jahre 1999 wurde jedoch die Begründung einer gemeinsamen Militärpolitik innerhalb der EU begünstigt. In diesem Krieg der NATO übernahm die USA die alleinige militärische Führung, obwohl die europäischen Staaten dagegen Widerspruch erhoben. Dies führte dazu, dass die europäischen Regierungschefs einen Ausbau der militärischen Möglichkeiten und Kompetenzen der EU anstrebten, um militärische Operationen in Eigenregie durchführen zu können. Noch im selben Jahr fiel im Zuge des European Headline Goal Treffens in Helsinki der Beschluss, europäische Interventionstruppen aufzustellen. Die sog. European Rapid Reaction Forces sollen innerhalb von 60 Tagen einsatzbereit sein und das Spektrum der sog. Petersberger Aufgaben (humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen und Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung) abdecken. Der Beschluss zum Aufstellen dieser Interventionstruppen wird häufig als

Geburtsstunde der Militarisierung bezeichnet und ebnete den Weg für weitere militarisierende Schritte der Europäischen Union. Diesbezüglich sind unter anderem die Einrichtung eines Militärausschusses (Jahr 2000), die Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie (Jahr 2003) sowie 2004 die Gründung von EU-Kampfgruppen – den sog. Battlegroups - zu nennen.

#### Vertrag von Lissabon

Nach diesen richtungsweisenden Anfängen trat 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft. Der Reformvertrag brachte insbesondere zwei Veränderungen mit sich, welche die Konstruktion der Europäischen Union als Militärmacht vorantrieben. Zum einen wurde in Ablösung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) geschaffen. Diese enthält neben ihrer militärisch gestützten Operationsfähigkeit ebenso friedensorientierte Bestimmungen und betont die zivilen Handlungsfähigkeiten der EU. Die Einteilung von Missionen in militärische oder zivile Einsätze ist allerdings kritisch zu betrachten, da zivile Engagements oft in Verbindung mit militärischen Missionen durchgeführt werden. Außerdem gelten Einsätze zur Ausbildung von Soldat\*innen

als zivile Missionen, obwohl das Training von ausländischen Streitkräften als militärische Tätigkeit verstanden werden muss. Darüber hinaus kennt die GSVP hinsichtlich der Einsätze und Missionen keine geografische Eingrenzung und erlaubt somit weltweite Militäraktionen. Auch das seit der Einführung der GSVP herrschende Finanzierungsverbot von militärischen Missionen durch den EU-Haushalt (gem. Art. 41 II EUV), wird oft umgangen, indem Gelder des Forschungs-, Entwicklungshilfe-, Agrar- oder Transportetats für militärische Zwecke eingesetzt werden. Weiterhin wurde in der GSVP das Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit eingeführt (auf Englisch: Permanent Structure Cooperation, kurz: PESCO). Dadurch wird den Mitgliedstaaten, die „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind“<sup>i</sup>, ermöglicht, ihre militärischen Fähigkeiten im Rahmen der EU weiter zu vernetzen.

Als zweite große Veränderung durch den Vertrag von Lissabon ist die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) zu nennen. Mit dieser Behörde, welche seit Ende des Jahres 2010 existiert, wurden die machtpolitischen Möglichkeiten der EU - Verteidigungs-, Außen- sowie Entwicklungspolitik - gebündelt. Durch diese Zusammenführung geriet die zivile Außen- und Entwicklungspolitik unter einen verstärkt militärischen Einfluss.

### **Auswirkungen von Brexit und US-Präsidentschaftswahl**

Trotz der bisher angeführten Entwicklungen kann die bis hierhin stattgefundenen Militarisierung als recht stockender Prozess betrachtet werden, vergleicht man ihn mit den enormen Entwicklungen der letzten zwei Jahre. Der Rüstungsschub, welchen die EU seit 2017 erlebt, wird von vielen Politiker\*innen als Konsequenz der US-Wahl angesehen. In einer Grundsatzrede noch vor seiner Wahl im April 2016 kündigte US-Präsident Trump nämlich an, dass andere Länder den Schutz durch die USA nicht weiter als selbstverständlich erachten können, sondern auch selbst Kosten und Verantwortung dafür tragen müssten, sich zu verteidigen.<sup>ii</sup> Dies hat er seitdem mehrfach u.a. bei NATO Gipfeltreffen wiederholt.

Einen noch größeren Aufschwung erhielt die Militarisierung allerdings bereits zuvor durch das Brexit-Referendum im Juni 2016. Bis zu diesem Zeitpunkt war es Großbritannien zu verdanken, dass diverse Initiativen zum Ausbau des EU-Militärapparates nicht realisiert wurden. Denn die Briten

fürchteten eine Eigenständigkeit der Sicherheitspolitik, welche in Konkurrenz zur NATO stehen könnte. Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU sahen somit einige europäische Politiker\*innen ihre Chance, jahrelang geplante Strategien endlich durchsetzen zu können. So legten die früheren Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, kurz nach dem Brexit-Beschluss ein Papier mit dem Titel „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“ vor. Dieses Papier fordert den Ausbau und die Umsetzung von Militärprojekten und hebt weiterhin die diesbezügliche Bedeutung einer deutsch-französischen Führungsrolle hervor. Weitere Forderungen, die aus dem Brexit resultierten, ertönten ebenfalls von deutsch-französischer Seite. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian forderten am 12.09.2016 eine Erneuerung der GSVP und legten Pläne zur Aufrüstung vor, welche in einem spezifischen Zeit- und Umsetzungsfahrplan durch die Bratislava-Agenda konkretisiert wurden. Wenige Tage zuvor hatte sich bereits die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hinsichtlich möglicher Verbesserungen an der GSVP geäußert und einen Forderungskatalog vorgelegt, welcher unter anderem ein militärisches Hauptquartier der EU vorsah.

Der „Meilenstein der europäischen Entwicklung“ innerhalb der Verteidigungspolitik ist nach Sigmar Gabriel allerdings die Realisierung der PESCO (Permanent Structure Cooperation).<sup>iii</sup> Diese ist, wie bereits erwähnt, seit dem Vertrag von Lissabon vertraglich festgelegt, wurde jedoch erst im Dezember 2017 realisiert. Zuvor hatte Großbritannien über Jahre hinweg die Aktivierung der PESCO blockiert. Nach dem Brexit-Beschluss unterschrieben schließlich bis Ende 2017 alle EU-Mitgliedstaaten bis auf Dänemark, Malta sowie Großbritannien das Dokument, welches die PESCO besiegelte. Ziel der PESCO ist es, die Verteidigungszusammenarbeit durch bindende Verpflichtungen sowie die militärische Autonomie der EU zu stärken. Zu diesen Verpflichtungen gehören unter anderem die regelmäßige Aufstockung der nationalen Verteidigungshaushalte sowie die Beteiligung an gemeinsamen Rüstungsprojekten. Eine Liste der bisher 17 geplanten PESCO-Projekte stellt der Journalist Thomas Wiegold auf seinem sicherheitspolitischen Blog „Augen geradeaus“ zur Verfügung.<sup>iv</sup> Diese bietet im Gegensatz zu der von der EU veröffentlichten Fassung ebenfalls Kurzbeschreibungen und benennt weiterhin die leitenden Führungsnationen der jeweiligen Projekte. Hier fällt auf, dass insbesondere Deutschland, Frankreich, Italien

sowie Spanien führende Rollen übernehmen. Lediglich bei fünf Projekten übernimmt keines der genannten Länder die Leitung. Dies legt die Befürchtung nah, dass die Militärpolitik auf einen bestimmten Kreis von Mitgliedstaaten ausgelagert wird. Diese Annahme wird des Weiteren dadurch bekräftigt, dass anhand von PESCO das Konsensprinzip der EU ausgehebelt wird. Sabine Lösing, friedenspolitische Sprecherin der Partei DIE LINKE im EU-Parlament, äußert sich diesbezüglich kritisch: „Entscheidungsbefugnisse auf einen kleinen exklusiven Club von Mitgliedstaaten zu übertragen, wird das ohnehin bestehende Demokratiedefizit im EU-Militärbereich weiter verschärfen. Obwohl wir jegliche Militarisierung der EU ablehnen und eine rein zivile Union fordern, dürfen demokratische Rechte auch in diesem Bereich nicht geschliffen werden.“<sup>v</sup>

Noch kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie sich die PESCO hinsichtlich einer gemeinsamen Verteidigungs- und Rüstungsarbeit langfristig entwickeln wird. Richtet man sich nach den Worten von Ursula von der Leyen, keimt die Befürchtung auf, dass PESCO als potentielles Sprungbrett zur Europa-Armee dient. „Für uns ist in Deutschland vor allem die Zusammenarbeit wichtig, also dass wir eine Truppe aufstellen, die ‚Armee der Europäer‘, die, wenn es eine Krise gibt, wenn Europa gefragt ist, dann auch schnell einsatzfähig ist.“<sup>vi</sup> Somit hebt die Realisierung der PESCO bereits den enormen Stellenwert hervor, welchen die EU dem militärischen Handeln zuschreibt. Deutlich wird dieser Stellenwert auch in der EU-Globalstrategie (EUGS), welche wenige Tage nach dem Brexitbeschluss in Ablösung zur Europäischen Sicherheitsstrategie in Kraft trat und seither als wichtigstes Rahmendokument für die EU-Außen- und Militärpolitik gilt.

### **Neuste Entwicklungen: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027**

Der verstärkte Fokus auf militärische Maßnahmen zeigt sich ebenso an der vorgesehenen Umstrukturierung des EU-Haushaltes. Am 2. Mai 2018 legten EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Haushaltskommissar Günther Oettinger einen Entwurf für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021- 2027 vor. Dieser weist mit 1.280 Milliarden Euro eine deutliche Budgeterhöhung im Vergleich zum aktuellen Finanzrahmen (1.087 Milliarden Euro) auf.<sup>vii</sup> Mit Betracht auf Großbritanniens Austritt aus der EU sollen folglich weniger Mitglieder mehr Geld für den Gemeinschaftshaushalt aufbringen. Die Etatsteigerungen im sicherheits- und militärischen Bereich zeigen dabei deutlich, wo das Geld hinfließen soll. Dafür zurückstecken müssen

zivile Mittel der Friedensförderung, die im kommenden MFR Sparmaßnahmen unterliegen. So sollen bisher eigenständige außenpolitische Instrumente der EU zu einem einzigen Instrument, dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Kooperation, gebündelt werden. Bewährte eigenständige Haushaltslinien, wie unter anderem das Instrument für Menschenrechte und Demokratie sowie das Instrument für Stabilität und Frieden, gehen in ihnen auf. Dabei wurde letzteres in einer 2017 durchgeführten Evaluation noch als effizient und erfolgreich bewertet. Auch das Instrument für Menschenrechte und Demokratie hat sich mit der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen und dem Vorantreiben des Menschenrechtsdialogs im Bereich der zivilen Ansätze bewährt. Folglich ist nicht nachvollziehbar, warum die EU-Kommission diese Instrumente beschneiden möchte. Nicht nur diese Umstrukturierung würde die zivile Krisenprävention und Friedensförderung schwächen, auch die weiteren Ziele des neuen Instruments, welche sich auf „irreguläre Migration“ und die „Bekämpfung ihrer Ursachen“ fokussieren, stehen im Kontrast dazu.<sup>viii</sup> Inwiefern mit diesen Zielen ein friedliches Umfeld geschaffen werden soll, ist somit fraglich. Einige Nichtregierungsorganisationen, wie Brot für die Welt sowie die Verbände CONCORD und das Human Rights and Democracy Network, versuchen daher den derzeitigen Kurs der EU-Kommission zu drehen, indem sie u.a. friedenspolitische Forderungen aufstellen und sich für den Erhalt der eigenständigen Außeninstrumente einsetzen. Anlass zur Sorge gibt weiterhin die geplante Einführung des Budgettitels „Sicherheit und Verteidigung“ sowie die Einrichtung eines neuen EU-Instruments – der europäischen Friedensfazilität. Beide vorhergesehenen Entwicklungen widersprechen dem bereits erwähnten Artikel 41 II EUV, welcher die Finanzierung von militärischen Missionen durch den EU-Haushalt verbietet. Um dies zu umgehen, schlug Federica Mogherini mit der Friedensfazilität allerdings ein Instrument der EU vor, welches außerhalb des EU-Haushalts angelegt sein soll. Dies würde der EU folglich noch leichter ermöglichen jegliche militärischen und verteidigungspolitischen Maßnahmen zu finanzieren, welche ansonsten durch den Vertrag von Lissabon rechtlich beschränkt sind. Laut EU-Kommission ist dies auch das vorrangige Ziel der Fazilität.<sup>ix</sup> Die Bezeichnung „Friedensfazilität“ ist somit äußerst paradox, da es sich hinsichtlich der friedenserhaltenden Maßnahmen um die Finanzierung von Militäreinsätzen und weiteren militärischen Maßnahmen handelt, wie beispielsweise dem Aufbau militärischer Kapazitäten.

10,5 Milliarden Euro sollen in den sieben Jahren des kommenden MFR für die Friedensfazilität bereitgestellt werden. Sabine Lösing kritisiert diesbezüglich: „Es handelt sich faktisch um ein EU-Budget, für das aber nicht das EU-Recht gelten soll.“<sup>x</sup> Weiterhin sagt sie: „Was Mogherini hier also vorgelegt hat ist nichts anderes, als ein Vorschlag zur Einrichtung einer außerhalb des Budgets angesiedelten Kriegskasse, die dann auch noch als „Friedensfazilität“ getarnt wird.“

Merkmale einer Kriegskasse weist ebenfalls der geplante Budgettitel „Sicherheit und Verteidigung“ auf, welcher unter anderem die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) umfasst. Legitimiert werden soll der EU-Verteidigungsfonds anhand Artikel 173 AEUV, welcher die Ausgaben auf Grundlage der Wettbewerbsförderung rechtfertigt. Denn diese Maßnahmen können aus dem EU-Haushalt bezahlt werden. Dabei ignoriert die EU-Kommission jedoch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2016, welches besagt, dass bei Unionsrechtsakten, die zwei Zielsetzungen unterliegen, die Rechtsgrundlage des dominanteren Ziel greift. Dass es sich beim EVF dabei nicht um die Wettbewerbsförderung handelt, sondern um die primäre Umsetzung von militärpolitischen Zielen, verschleierte der EVF-Verordnungsvorschlag nicht.<sup>xi</sup> Dennoch blieben Versuche der EP-Linksfraktion GUE/NGL diesbezüglich den Juristischen Dienst des EU-Parlaments zu beauftragen, vergeblich.

Insgesamt ergibt sich für den EVF für die Jahre 2021- 2027 ein Budget von 48,6 Milliarden Euro. Dieses beinhaltet sowohl Gelder aus dem EU-Haushalt, als auch die Beiträge der Mitgliedstaaten. Gelder für eine Verbesserung der militärischen Infrastruktur, den sog. „Military Schengen“ (die ebenfalls unter dem Titel „Sicherheit und Verteidigung geplant sind), erhöhen das Gesamtbudget nochmal auf rund 55 Milliarden Euro. Der Start des EVF soll weiterhin auf 2019 unter dem Titel „Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU“ vorgezogen werden. Für diesen verfrühten Einsatz sollen bis 2020 2,59 Milliarden Euro bereitgestellt werden (davon 590 Mio. Euro aus dem EU-Budget, die Differenz tragen die Mitgliedstaaten).<sup>xii</sup>

### Ausblick

Insgesamt wird deutlich, wie sich die EU schrittweise militarisiert hat. Mit dem angekün-

digten Austritt Großbritanniens ist ein starker Widerstand gegen solch eine Entwicklung der EU zusammengebrochen. Insbesondere die Planung des kommenden EU-Haushaltes spiegelt die enorme Priorität der Aufrüstung gegenüber alternativen Methoden wieder. Der MFR gibt der EU alle sieben Jahre die Möglichkeit, sich neu auszurichten und damit die Chance für einen Neuanfang. Diese Möglichkeit scheint die EU durchaus wahrnehmen zu wollen, allerdings nicht als Neustart zur Abrüstung, sondern dahingehend, weiter militärische Kapazitäten zu verstärken und ein militärisches Kerneuropa bis ggf. hin zur Europa-Armee zu errichten. Um dieses Ziel zu erreichen, scheut sich die EU-Kommission nicht, Tricksereien anzuwenden, um das Finanzierungsverbot zu umgehen und unter anderem Gelder der Entwicklungshilfe für militärische Zwecke einzusetzen. Dies lässt uns Zeuge werden, wie sich die EU der Idee einer zivilen Union des Friedens immer weiter abwendet. Umso wichtiger ist es nun, dass Friedens- und Entwicklungsdienste sowie allgemein alle Vertreter\*innen einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung auf diesen Prozess hinweisen und aktiv entgegenwirken.

Text: Sarina Wassermann, Stand: September 2018

<sup>i</sup> <https://dejure.org/gesetze/EU/42.html>

<sup>ii</sup> <http://www.imi-online.de/2016/11/10/donald-trump-zweischneidiges-schwert-als-eu-ruestungskatalysator/>

<sup>iii</sup> <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gabriel-kuenftige-eu-verteidigungspolitik-ist-ein-meilenstein-in-der-europaeischen-entwicklung-a2266284.html>

<sup>iv</sup> <https://augengeradeaus.net/2017/12/vollzugsmeldung-pesco-mehr-zusammenarbeit-in-der-verteidigung-in-kraft/>

<sup>v</sup> <https://www.sabine-loesing.de/de/article/625.pesco-der-euro-der-verteidigungspolitik.html>

<sup>vi</sup> <https://augengeradeaus.net/2017/12/mehr-europaeische-verteidigung-deutschland-fuehrt-bei-sanitaet-und-logistik/>

<sup>vii</sup> <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2018-12-web.pdf>

<sup>viii</sup> [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/annex-communication-modern-budget-may2018\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/annex-communication-modern-budget-may2018_en.pdf) S. 80 und 81

<sup>ix</sup> [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-modern-budget-may2018\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-modern-budget-may2018_de.pdf) S. 116

<sup>x</sup> <https://www.sabine-loesing.de/de/article/704.eu-friedensfazilit%C3%A4t-au%C3%9Ferbudgetliche-kriegskasse.html>

<sup>xi</sup> <https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/8576e49d-4b8e-11e7-aea8-01aa75ed71a1/language-de>

<sup>xii</sup> <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2018-12-web.pdf>